

POLITIK

„Steig' vom Pferd, wenn es tot ist“, sagt Peter Jakobkeit und meint damit nicht seinen letzten Job als Geschäftsführer der Stuttgarter Kulturgemeinschaft. Das war er bis 2014, dann hat man sich, wie es meistens heißt, einvernehmlich getrennt. Nein, Jakobkeit meint den Sozialstaat. Der sei keiner mehr, befindet der 61-Jährige, der jetzt freischaffender Kulturmanager ist, und eine neue Passion hat. Der Szenebekannte will sich in die Politik einmischen, als einer von zwei Landesvorsitzenden des „Bündnis Grundeinkommen Baden-Württemberg“ (BGE BW), das sich jüngst in Stuttgart gegründet hat.

Es gehe ihm nicht nur um ErzieherInnen und Pflegekräfte, sagt er, denen ein Vollzeitjob nicht reicht, um über die Runden zu kommen. Nicht nur um die Abgehängten, sondern auch um den ganz normalen Durchschnittsbürger. „Wie viele haben denn den Eindruck, sich selbst verwirklichen zu können?“ Seine Vermutung: „Sie werden kaum einen finden.“ Die freie Entfaltung der Persönlichkeit sei eines der obersten Grundrechte, betont er wieder und wieder. Dagegen stünden Mietsorgen, Überschuldung, die Rentenkatastrophe. „Das sind ja keine Randerscheinungen“, sagt Jakobkeit, „das betrifft die gesamte Gesellschaft.“ Überall das gleiche Problem: zu wenig Kohle in der Tasche.

Auf Platz fünf steht Diogenes von der Töss

Deshalb das bedingungslose Grundeinkommen. Davon hat ihn Götz Werner, der Gründer der Drogeriemarktkette dm und Milliardär, überzeugt, erzählt Jakobkeit. Schon seit Jahren habe er zu dem Thema recherchiert. Schließlich drängt die Theorie zur Praxis: Jakobkeit bildet zusammen mit der Journalistin Uschi Bauer die Doppelspitze des BGE Baden-Württemberg, gegründet am 13. Januar, getragen von bis dahin 40 Mitgliedern. Eine Landesliste für die Bundestagswahl gibt es auch schon. 18 Bewerber wollen antreten, darunter ein Kriminalbeamter, Konzertgitarrist, Wirtschaftswissenschaftler und Waldorflehrer. Auf Platz fünf steht Diogenes von der Töss, keine Reinkarnation des Denkers aus der Tonne, sondern studierter Philosoph mit Künstlernamen.

Neben dem Baden-Württemberg-Ableger sind seit September, als die Bundespartei in München gegründet worden ist, zwölf weitere Landesverbände entstanden. Brandenburg, Hessen und Rheinland-Pfalz fehlen noch. Da sei gerade „richtig Bewegung drin“, erzählt Jakobkeit beim Besuch in der Kontext-Redaktion, und seine Mitstreiterin Uschi Bauer freut sich über eine „wahnwitzige Aufbruchsstimmung.“

Gut, die Fünf-Prozent-Hürde sei noch zu hoch, da mache man sich keine Illusionen, räumt der Kulturmanager ein, aber mindestens 0,5 Prozent der Stimmen müssten möglich sein, auch wegen der



Zu wenig Kohle in der Tasche

Genug Geld zum Leben, ohne Wenn und Aber: Das bedingungslose Grundeinkommen gilt nicht mehr als linke Spinnerie, es findet zunehmend Freunde unter Bankern und Managern. Und in Stuttgart muntere Menschen, die mit dem Thema gleich eine Partei gründen.

Von Minh Schredle



Peter Jakobkeit, frischgebackener Landesvorsitzender.

Parteienfinanzierung. „Das eigentliche Ziel aber“, erläutert der frischgebackene Landesvorsitzende, „ist es, das Thema im Wahlkampf zu platzieren.“ Schon 2021 könnte das wahlentscheidend sein.

Tatsächlich wächst die Zahl der Befürworter rasant, was mit einem bemerkenswerten Change in der Gesellschaft zusammenhängt. Würden Götz Werner und Co. noch vor wenigen Jahren als Utopisten mit Rechenschwäche belächelt, so finden sich inzwischen immer mehr Freunde unter denjenigen, die sich mit Zahlen auskennen sollten. Der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Christopher Pissarides gehört dazu, Joe Kaeser und Timotheus Höttges, die Bosse von Siemens und der Telekom sind dabei, und auch der ehemalige Daimler-Manager Jan Bredack hat sich als Fan geoutet. Laut Investment-Banker

Hand in Hand gehen. Der Song passt gut in die Zeit. Denn vom Überwinden, vom Hand in Hand-Gehen entfernen wir uns – egal ob in den USA, in Deutschland, in Europa oder der Türkei – immer weiter. Die Fronten werden härter, die Menschen brutaler. Schuld daran ist auch die immer größer werdende Kluft zwischen Reichen und Armen, deren Hintergründen wir seit Jahresbeginn eine ganze Artikelserie widmen.

„Es hat sich etwas verändert in der Bundesrepublik“, schreibt die Journalistin Carolin Emcke in ihrem neuen Buch. „Es wird offen und hemmungslos gehasst.“ Und weiter: „Hätte mich vor einigen Jahre jemand gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, dass jemals wieder so gesprochen würde in dieser Gesellschaft? Ich hätte es für ausgeschlossen gehalten. Dass der öffentliche Diskurs jemals wieder so verrohen könnte, dass so entgrenzt gegen Menschen gehetzt werden könnte, das war für mich unvorstellbar.“

Rainer Voss sei das Grundeinkommen „keine linke Fantasterei“, sondern sogar „eine ökonomische Notwendigkeit“. Dass der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis dafür plädiert, um den „Kapitalismus zu zivilisieren“, überrascht nicht wirklich, eher der konservative Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, der das Grundeinkommen zum „unerlässlichen Mindeststandard“ erhebt.

Selbst die Hohen Priester von Davos sind dafür

Da durften die Hohen Priester von Davos nicht fehlen. Beim Weltwirtschaftsforum sprach dessen Präsident und Gründer, Klaus Schwab, von einer „grundsätzlich plausiblen Idee“, die man weiter diskutieren müsse, und er warnte: „Die vierte industrielle Revolution macht auch vor den ausreichend oder gut bezahlten Jobs der Mittelschicht nicht halt.“ Schätzungen zufolge sollen Roboter und Hochleistungsrechner in den kommenden Jahren allein in Deutschland 1,5 Millionen Arbeitsplätze ersetzen. Fraglich ist, wie viele davon durch neu geschaffene Jobs ausgeglichen werden können.

Bereits 2010 folgte eine Studie der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung (GAW) zum Grundeinkommen, dass Vollbeschäftigung unter den derzeitigen Gegebenheiten „faktisch nicht mehr erreicht werden kann“ und zudem ein immer größerer Anteil der Menschen ihren Lebensunterhalt nicht mehr durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten könne. Deshalb erscheine es „nur konsequent“, Arbeit und Einkommensgenerierung voneinander zu entkoppeln.

Der Zweifel scheint eher bei den Gewerkschaften zuhause. Etwa bei Verdi-Chef Frank Bsirske, der Finanzierungsprobleme ins Feld führt. Entweder sei das

Aufbruchsstimmung in Stuttgart: Lichtprojektion des „Bündnis Grundeinkommen“ am Finanzministerium.
Fotos: Joachim E. Röttgers

ausgezahlt Grundeinkommen zu niedrig, um wirklich zu nützen, sagt er, oder aber es gehe zu stark zu Lasten der Erwerbstätigen. Ein weiteres Gegenargument, das gerne genannt wird: Sollte ein Grundeinkommen ohne Wenn und Aber ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, würden ja Anreize verloren gehen, anständig zu arbeiten. Von nicht gezahlten Gewerkschaftsbeiträgen ganz zu schweigen.

Belastbare Belege für zu erwartende Faulheit gibt es allerdings keine. Bisherige Befunde deuten eher das Gegenteil an. In der GAW-Studie geben fast drei Viertel der Befragten an, sie würden trotz Grundeinkommen unverändert weiterarbeiten. Ein nennenswerter Teil würde zwar die Anzahl der Wochenstunden reduzieren. Doch die Expertise prognostiziert, dass diese Reduktion durch den Eintritt von derzeit Nicht-Erwerbstätigen in die Erwerbstätigkeit „vollständig kompensiert“ würde.

Ein ganz praktisches Beispiel: Das Crowdfunding-Projekt mein-grundeinkommen.de verlost über den Zeitraum von einem Jahr monatlich 1000 Euro. Bisher konnten über Spenden 74 Grundeinkommen finanziert werden. Nur eine der ausgelosten Personen hat ihre Arbeit im Callcenter gekündigt – um eine Ausbildung als Erzieher anzufangen. Im Gegenzug haben bislang Erwerbslose eine Beschäftigung gefunden, der sie trotz Bezug des Grundeinkommens nachgehen. Weit vorne war übrigens Kanada, das bereits in den 1970er Jahren rund 10.000 Bürger monatlich mit mindestens 100 Kanadischen Dollar versorgt hat, das entspräche heute einer Kaufkraft von gut 500 Dollar. Weder der Arbeitsmarkt noch die Arbeitsbereitschaft sind damals zusammengebrochen.

In der Politik ist keine Mehrheit zu finden

In der deutschen Politik ist das Grundeinkommen derzeit nicht ansatzweise mehrheitsfähig. Unterstützer gibt es zwar in allen Lagern, aber schon bei der Linken ist es umstritten. Nur ihre Vorsitzende Katja Kipping wirbt uneingeschränkt dafür, ihr Co Bernd Riexinger setzt eher auf verkürzte Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Die SPD wiederum befürchtet eine Spaltung der Gesellschaft, in einen Teil, der malochen will, der andere nicht. Und keine der Bundestagsparteien hat das Grundeinkommen in ihrem Programm verankert.

Die ersten, die dafür kämpften, laut und lustig, waren die Mitglieder der „Bergpartei, die Überpartei“. Schon 2006 nahem sie das Grundeinkommen ins Programm, als erste Partei in Deutschland. Doch die kapitalismuskritischen Ökoradikalen, die nur in Berlin zu Wahlen antreten, konnten trotz munterer Slogans wie „eine mögliche Welt ist anders“, „naturgesetze verschärfen!“ oder „fick dein großprojekt“ bislang noch kein Mandat gewinnen. Vorstandsmitglied Benjamin Richter zeigt sich gegenüber Kontext aber zumindest in so weit beglückt, als es das Thema „endlich in den Mainstream“ geschafft habe. Auch wenn das noch einen etwas seltsamen Beigeschmack habe, ungefähr wie „Fairtrade im Billigdiscounter.“ Außerdem ist er skeptisch, ob eine Umsetzung tatsächlich in ihrem Sinne erfolgen würde. Er wünscht sich eine „Umverteilung weltweit“, nicht eine, von der nur deutsche Staatsbürger profitierten.

In solchen Dimensionen denkt Peter Jakobkeit noch nicht. Er lässt lieber darüber rätseln, ob nun 1000 oder 2000 Euro okay wären, „genug eben, um nicht betteln zu müssen“. Er will einen „kulturellen Impuls“ und sagt, die Wirtschaft müsse dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Wie das mit der Finanzierung funktionieren soll, lässt er offen. Stattdessen stellt er die Gegenfrage: „Was funktioniert denn im Moment?“ Irgendwo müsse man ja mal anfangen.

Von unserer Kontext-Redaktion

Solidarität!

EDITORIAL

Überall auf der Welt haben Frauen gegen den neuen US-Präsidenten demonstriert. In allen US-Bundesstaaten, in Kanada, Neuseeland, Costa Rica, Finnland, Frankreich, Griechenland, Berlin, München und, ja wohl, auch in Heidelberg. Am vergangenen Samstag, dem Tag nach der Amtseinführung von Donald Trump, sitzt eine Amerikanerin aus Stuttgart im Zug zum Women's March in Heidelberg. Nein, sagt sie, sie konnte sich die Amtseinführung von Donald Trump nicht im Fernsehen anschauen. „Impossible“, sagt sie und greift sich an den Hals. Seit der Wahl sei sie: fassungslös.

Eine Handvoll Frauen hat diese Hilflosigkeit umgewidmet in Kraft. „Die Ladys“, sagt unser Wetterer Peter Grohmann treffend, „haben es uns mal wieder richtig gezeigt!“ Innerhalb von ein paar Wochen stellten sie eine immense Protestbewegung auf die Beine. Es war die Idee von Gerechtigkeit, die sich da um den Globus verbreitete. Angefacht von Donald Trumps dämlichen, sexistischen Wahlkampf-Sprüchen, genährt von unterdrückenden Strukturen, von Rechtspopulismus, Rassismus, von ungleicher Chancenverteilung.

Es ist eine beispielhafte Aktion. Die Protestfrauen sangen den Bürgerrechts-Song „We shall overcome“ – wir werden es überwinden, irgendwann werden wir

Ein Journalist postete kürzlich auf Facebook, wie zerrissen er sei über die Frage der Berichterstattung über die AfD – sollte man, sollte man nicht? Und wenn ja: wie? Eine Frage, die unsere Autorin in dieser Ausgabe versucht zu klären. Unter den Facebook-Post jedenfalls schrieb einer: „Wir sollten auf die Straße gehen.“ Wie die rund 1000 DemonstrantInnen am Samstag in Koblenz, die sich laut gegen den Schulterchluss der Europäischen Rechten stellten. Wie die Flüchtlingshelfer aus Bayern, die im vergangenen Jahr gegen das Flüchtlingsbashing ihrer Landesregierung streikten. Die Demonstranten, die zu tausenden auf dem Stuttgarter Schlossplatz standen, um einen Pegida-Aufmarsch zu verhindern. Es gibt viele tolle Aktionen.

Dass es auch groß und gemeinsam geht, dass auch globale Aktion funktionieren kann, haben die Amerikanerinnen in ihren pinken Mützen in Heidelberg bewiesen. Das macht Mut.